

Donnerstag, 20. Juni 1996

# Der Fall Worms: Chaos

Nach erdrutschartigen Wendungen in den Strafprozessen deutet vieles auf Freispruch

Von unserem Redaktionsmitglied  
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – „Irgendjemand“, so erklärte der Mainzer Strafverteidiger Michael Harschneck am 11. November 1994, „irgendjemand“ müsse den Kindern etwas Schreckliches angetan haben. 13 Tage später begann vor dem Mainzer Landgericht unter dem Vorsitz des Richters Ernst Härtter – unter anderem mit dem Verteidiger Harschneck –, der erste Prozeß wegen Kindesmißbrauchs, „Worms eins“, gegen sieben Angeklagte. Im Januar 1995 starb eine der Beschuldigten in ihrer U-Haft-Zelle an Herzversagen. Härtter, dem Verteidiger Vorwürfe wegen angeblich rüder Prozeßführung machten, schied aus gesundheitlichen Gründen aus, der Richter Jens Beutel übernahm den Vorsitz.

Vor einer anderen Strafkammer unter Vorsitz von Richter Hans E. Lorenz wurde das zweite Verfahren gegen 13 Beschuldigte im April 1995 eröffnet, ebenso das dritte gegen fünf Angeklagte. Die Trennung hatte vorwiegend organisatorische Gründe.

Strafrechtliche Ermittlungen und Prozesse sollen Rechtsfrieden stiften. Im Falle Worms aber hinterlassen sie bislang verheerende Unsicherheit und gedankliches Chaos. Wer dafür Verantwortung trägt, ist noch nicht überschaubar.

## Massivste Vorwürfe

Die Staatsanwaltschaft goß ihre Überzeugung, wer denn „irgendjemand“, der den Kindern Schreckliches angetan habe, in eine sehr konkrete Anklage mit massivsten Vorwürfen: 13 Männer und elf Frauen aus Worms und Umgebung, drei Familien einschließlich ehemaliger Ehepartner, sollen 1993 in mehr als einhundert Fällen mindestens 13 eigene Kinder, Nichten und Neffen gemeinschaftlich sexuell mißhandelt und zur Herstellung von Pornofilmen mißbraucht haben. Letzteres habe sich in einer Gaststätte zugegetragen, deren Wirt ebenfalls auf der Anklagebank sitzt.

Die Ankläger stützen sich auf Kinderaussagen und medizinische Gutachten. Geständnisse gibt es nicht. Auch Pornofilme, die das Geschehen hätten beweisen könnten, sind nicht aufgetaucht. 16 der Angeklagten saßen zu Beginn der Prozesse in Untersuchungshaft.

Am 17. Mai 1996, einem Freitag, verkündete der Vorsitzende Richter Jens Beutel, die sechs seit 29 Monaten inhaftierten Angeklagten des Prozesses „Worms eins“ seien aus der U-Haft zu entlassen. Es bestehe zwar „hinsichtlich einzelner Anklagevorwürfe weiterhin Tatverdacht, der aber unter Berücksichtigung des rechtsstaatlichen Konkretisierungsgebots nicht mehr dringend“ sei. Die

Richter über viele Monate hinweg Entlassungen aus der U-Haft ablehnen mit der Begründung, es bestehe weiterhin dringender Tatverdacht – und daß sich die Lage dann doch innerhalb weniger Wochen derart drastisch ändert? Hat jemand Fehler begangen? „Irgendjemand“? Die Anklagebehörde womöglich, indem sie anfangs Entlastendes unterbewertete? Oder indem sie Belastendes jetzt nicht gebührend zur Geltung bringt?

Derlei Fragen könnten auch politisch Wellen schlagen. Die CDU-Fraktion hat im Mainzer Landtag folgenden Antrag formuliert: „Nach Presseberichten“ habe das Landgericht – für die Staatsanwaltschaft völlig überraschend – alle sechs Haftbefehle im Prozeß „Worms eins“ aufgehoben. Der Justizminister wird um „Berichterstattung“ gebeten. Ob diese Bitte etwas damit zu tun hat, daß der Vorsitzende Richter des Prozesses „Worms eins“, Jens Beutel, Kandidat der SPD für die Mainzer Oberbürgermeisterwahl im November ist, wird sich herausstellen.

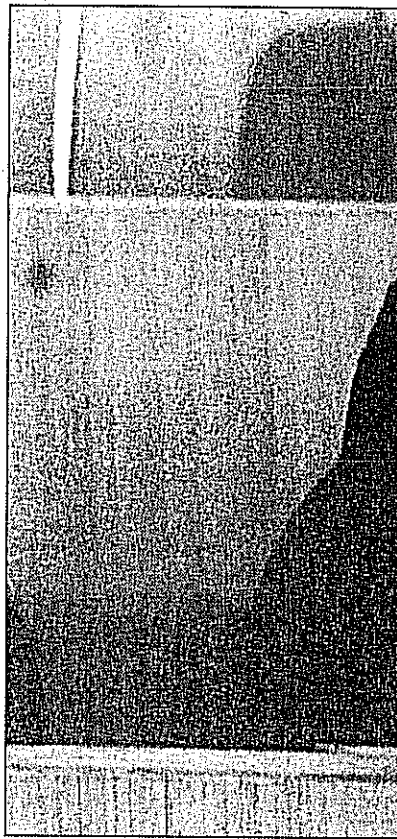
## Scheidungskriege

Es sind Tragödien, die hier verhandelt werden. „Worms eins“ und „Worms zwei“: die Geschichte zweier Großfamilien, die sich nach einer Ehescheidung gegenseitig als „Gsocks“ bezeichnen, als Abschaum also. Gekämpft wird um Sorge- und Besuchsrechte. Schon 1991 zeigt ein Kind Spuren von Mißhandlung, der Kinderarzt Dr. V. äußert den Verdacht sexuellen Mißbrauchs, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen verlaufen im Sande.

1993 erneut: Eine Partei bringt ein Kind zu Dr. V., er untersucht, ist sich sicher: Mißbrauch. Dr. V. verweist an die Kinderschutzorganisation „Wildwasser“.

Auch im Prozeß „Worms drei“ tobt ein Scheidungskrieg. Ein Mädchen ist in der Obhut seines Vaters und dessen zweiter Ehefrau. Jene und die „Geschiedene“, die leibliche Mutter des Kindes, waren einmal beste Freundinnen. Wenn das Kind von den Besuchen bei der leiblichen Mutter zurückkommt, schreit es nachts fürchterlich. Dr. V. untersucht und folgert: Mißbrauch.

Die Staatsanwaltschaft wird eingeschaltet, Kinder werden vernommen, berichten von Mißbrauchshandlungen. Sie nennen in der Folge, lawinenartig fast, immer neue Namen, Namen ihrer Eltern und Verwandten. Wie diese Lawinen ausgelöst wurden, in welchem Umfang die Kinder Namen und Taten von sich



Angeklagter zu Beginn des Prozesses deutlich zugunsten der Beschuldigten

In jenen Wochen auch, Ende Januar 96, drückt der Berliner Psychologieprofessor Max Steller den Prozessen seinen Stempel auf mit dem Prinzip des allumfassenden Zweifels: Zweifel nicht nur an der Zuordnung einzelner Taten zu Tätern – „Konkretisierung“ –, sondern Zweifel sogar, ob überhaupt Mißbrauch stattfand. Steller erklärt im Prozeß „Worms drei“ zum Fall eines Mädchens, es habe den Mißbrauch, den es mehrfach schilderte, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erlebt. Das Kind habe vielmehr einen „suggestiven Leidensweg“ hinter sich gebracht, sei einem permanenten Befragungsdruck seitens Ute P. und der Stiefmutter ausgesetzt gewesen. Das Kind hatte sehr detailliert Sexualhandlungen mit der leiblichen Mutter und dem Großvater geschildert, später dann, auf intensives Nachfragen der P. und der Stiefmutter, „denn noch dabei gewesen“ sei, 40 Namen angeblicher Täter genannt, darunter Metzger, Frauenarzt, Apotheker und Polizisten.

Nein, die Stiefmutter war nicht die



der U-Haft zu entlassen. Es bestehe zwar „hinsichtlich einzelnen Anklagevorwürfe weiterhin Tatverdacht, der aber unter Berücksichtigung des rechtsstaatlichen Konkretisierungsgebots nicht mehr dringend“ sei. Die Entscheidung traf alle Beteiligten völlig unvermittelt, wie ein Donner Schlag. Die Angeklagten jubelten, der Leitende Oberstaatsanwalt Hans Seeliger erklärte außerhalb des Prozesses, er fühle sich wie ein Absteiger.

## Deutliche Zeichen

Es sind noch keine Urteile gesprochen. Doch es gibt Grund zu der Annahme, daß an diesem 17. Mai ein klares Zeichen gesetzt wurde. Es heißt: Freisprüche in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle. Es ist nach gegenwärtigem Stand nicht ausgeschlossen, daß alle Beschuldigten freigesprochen werden. Wenn die Richter des Prozesses „Worms eins“ am 17. Mai, kurz vor Ende der Beweisaufnahme, keinen „dringenden Tatverdacht“ sahen, dann können sie nach menschlichem Ermessen später nur verurteilen, wenn neue Gesichtspunkte die Angeklagten erheblich belasten. Solches aber ist kaum zu erwarten. Und wenn das so ist im Prozeß „Worms eins“, dann ist dies auch ein Zeichen für die beiden anderen Verfahren. Denn „Worms eins“ erschien stets als derjenige Prozeß, der für die Angeklagten am ungünstigsten aussah. Von ursprünglich 16 Inhaftierten der drei Verfahren sind noch zwei in U-Haft.

Jeder Angeklagte ist so lange unschuldig, bis er verurteilt wird. Und verurteilt wird er nur, wenn ihm seine Tat zweifelsfrei nachweisbar ist. Im Zweifel wird ein Angeklagter freigesprochen. Daß „jemand“ die Kinder mißbraucht habe, kann einem Gericht nicht ausreichen für eine Verurteilung. Das ist gemeint, wenn der Richter Beutel vom „Konkretisierungsgebot“ spricht. Es könnte gut sein, daß auch die Richter in ihren Urteilen zu dem Schluß kommen, daß „jemand“ den Kindern etwas Schreckliches angetan habe, daß aber nicht zweifelsfrei erwiesen ist, daß es konkret der und der oder die und die Angeklagten dieser Prozesse waren. Und daß deshalb freizusprechen ist. Das erste Urteil, das im Prozeß „Worms eins“, ist für diesen Herbst zu erwarten.

Wie kommt das? Wie kommt es, daß eine Staatsanwaltschaft so felsenfest überzeugt ist von ihren Beweismitteln, daß sie 25 Menschen auf die Anklagebank setzt, daß auch



Sollen die Glaubwürdigkeit von Kinderaussagen beurteilen: Gutachter Inge Mayer-Bouxlin, Dr. Georges Hengesch. Bild: Klaus Benz

aus benannten oder erst auf Vorhalte oder Suggestionen – dies herauszufinden entpuppte sich für das Gericht viel später als fast unlösbare Aufgabe. Eltern und Verwandte kommen Ende 1993 in Haft. Die meisten Kinder werden in Heimen untergebracht, wo sie laut Zeugenberichten Mißbrauchssituationen immer wieder ungefragt schildern.

Bei Scheidungskriegen ist Vorsicht geboten, weil Mißbrauchsvorwürfe von den Parteien gerne als Waffe eingesetzt werden. Dennoch: Zu Beginn der Prozesse scheint die Lage eindeutig, auch ohne Geständnisse. Kinder werden als Zeugen in den Hauptverhandlungen gehört, seit der historischen Video-Entscheidung des Mainzer Gerichts vom Mai 95 alleine mit dem Vorsitzenden Richter in einem separaten Raum vor der Kamera. Die Videomethode diene keineswegs dazu, mehr aus den Kinder „herauszuholen“, haben die Richter klargestellt. Dem Vernehmen nach belasten kindliche Zeugen auch in den Hauptverhandlungen Angeklagte nachhaltig.

Aus der Sicht des Beobachters, der die Prozesse im Zuschauerraum verfolgt, vollzog sich die entscheidende Wendung zwischen November 1995 und Februar 1996. In jenen Wochen sagt Ute P. als Zeugin aus: die 1994 als Mitarbeiterin von „Wildwasser“ mehrere der laut Anklage mißbrauchten Kinder betreute und mit ihnen „Aufdeckungsarbeit“ leistete.

„Böse“, die das Kind aufhetzte, das wird deutlich, als sie als Zeugin in der Hauptverhandlung auftritt. Und Ute P.? Sie wird zur Feind- und Reizfigur der Verteidigung. Sie, 44 Jahre alt, verwitwet, selbst fünffache Mutter, nach kaufmännischer Ausbildung und diversen Fortbildungen als Ehe-, Familien- und Lebensberaterin tätig, formuliert in der Hauptverhandlung am 5. Februar 96 einen Satz, der nebensächlich klingt, aber womöglich den Kern des quälenden Problems beschreibt: „Wir können nicht auf Polizei und Justiz warten. Die Kinder brauchen vorher Schutz.“ Nur um diesen Schutz sei es ihr immer gegangen, betont Ute P., nicht etwa darum, Täter der Polizei auszuliefern. Wer aber bestimmt die Regeln dieses Schutzes? Wer verhindert, daß im Namen des Kinderschutzes eine Befragungs- oder Suggestionenmaschinerie in Gang kommt, die Scherbenhaufen hinterläßt?

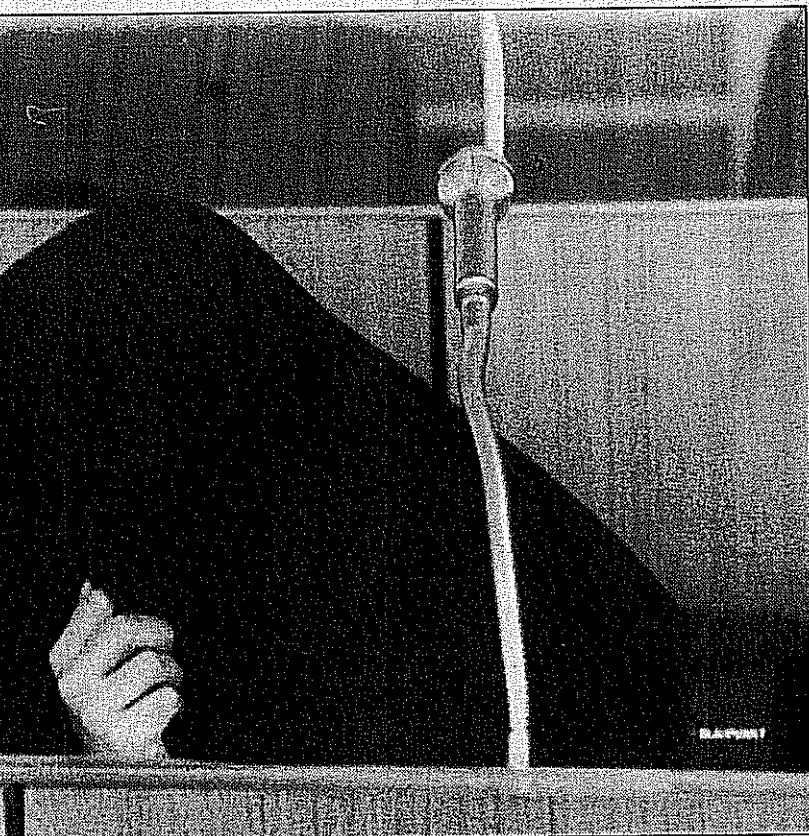
„Ich frage mal ganz direkt“, sagt der Richter Lorenz, „sind Sie vom Jagdfieber gepackt worden?“ „Ganz bestimmt nicht“, antwortet die Zeugin P.; was sollte sie auch sagen.

Aus welchen Motiven auch immer: Ute P. ist mit den Kindern in einer Weise umgegangen, die das Urteil „Suggestion“, gewollt oder ungewollt, unausweichlich macht.

Es ist eine gravierende Schwachstelle der Worms-Verfahren, daß dies nicht schon bei der ersten Zeugen-

# Was statt Kinderschutz?

min / Der „Krieg“ der Psychologen / Hat „irgendjemand“ Fehler gemacht?



...sses: ziemlich verloren wirkend. Mittlerweile haben sich die Gewichte  
ten verschoben.  
Bild: Sascha Kopp

Aussage P.s Ende 1994 erfragt wurde, sondern erst zwischen November 95 und Februar 96. Die Zeugin P. erläutert Szenen wie diese: Sie erzählt dem Mädchen I., Erwachsene hätten dem Mädchen J. wehgetan, und niemand dürfe der I. wehtun. I. sagt, die Mutti haue ihr auf den Po. Anhand von anatomisch korrekt geformten Puppen erläutert Ute P. dem Kind I. sodann den Unterschied zwischen Jungen und Mädchen. Das Kind I. legt die Puppen aufeinander. Ute P. notiert sich: „Fest steht, daß das Kind mißbraucht wurde.“

Sie habe den Kindern immer nur helfen, sie vom Geheimhaltungsdruck befreien wollen, sagt die Zeugin P. Doch was gelindes Entsetzen im Gerichtssaal auslöst, was in dieser Klarheit erst in den Hauptverhandlungen im Frühjahr 96 zur Sprache kommt: Daß Pornofilme ge-

Zweifel aus dem Prozeß „Worms drei“ doch hinein in den Prozeß „Worms eins“. Vielleicht hat Steller in allen Richtern Bedenken so geweckt oder verstärkt, daß Freisprüche die Konsequenz sind. Denn auf medizinische Expertisen alleine läßt sich keine Verurteilung stützen. Ärztliche Befunde können nämlich, von zwei Ausnahmen abgesehen, nicht beweisen, ob eine bestimmte Person einen sexuellen Mißbrauch beging. Die beiden Ausnahmen sind: es findet sich Sperma beim Opfer. Oder: das Opfer wird schwanger.

Es klingt nun nach Ironie des Schicksals, daß es in den Worms-Prozessen nach Aussage eines Zeugen einen solchen beweisenden Fund gegeben hat, daß er aber verlorengegangen ist. Der Kinderarzt Dr. V. sagte aus, er habe bei der Untersuchung eines Mädchens Spermaspuren gefunden, diese aber dann weg-

der Kinderarzt Dr. V. Er und weitere ärztliche Sachverständige stellten im Prozeß dar, welch empfindliche Materie Kindesmißbrauch auch in medizinischer Hinsicht ist. Es geht um Verletzungen im anatomisch intimsten Bereich des Menschen, darum etwa, um wie viele Millimeter ein Anus oder eine Vagina geöffnet ist. Es ist im Prozeß angeklungen, wie schwer und beängstigend solche Untersuchungen für Kinder sein müssen. Dr. V., der sich nach eigenem Bekunden durch Fortbildungen mit den medizinischen Gesichtspunkten des Kindesmißbrauchs vertraut machte, erhob Befunde, stellte Verletzungen fest und schloß daraus bei mehreren Kindern auf Mißbrauch. Die Gynäkologie-Oberärztin Dr. Mechthild Neises untersuchte – später – die Kinder ebenfalls und stützte im wesentlichen V.s Einschätzung.

„Wenn man nix findet“

Erst danach wurde der Mainzer Gerichtsmediziner Professor Dr. Reinhard Urban mit den Fällen befaßt. Eine weitere körperliche Untersuchung wollte man den Kindern da nicht mehr zumuten. So mußte sich Urban darauf beschränken, die schriftlich niedergelegten Befunde und Schlußfolgerungen von Neises und V. zu begutachten. Obwohl er dies – wie er mehrfach betonte – höchst vorsichtig tat, obwohl er stets „Differentialdiagnosen“ stellte, überlegte, ob es für Verletzungen andere Erklärungen als Gewalteinwirkung gebe, trotz aller erkennbaren Zurückhaltung also kommt Urban bei seiner Sachverständigen-Aussage am 10. Juni zu dem Ergebnis, daß jedenfalls bei drei Kindern „penetrative“ (ein- oder durchdringende) Manipulationen vorlagen. Im Timbre seiner bayerischen Heimat sagt Urban auch, es sei nicht zwangsläufig so, „daß wenn man nix findet, daß dann nix war“, Verletzungen im vaginal- und Analbereich verheilten nämlich schnell.

Ein wenig grantig wird Urban, als eine Nebenklägerin, juristische Interessenvertreterin der Kinder, anhebt: „Ich erwarte ja nicht von Ihnen, daß Sie in all diesen Fällen Mißbrauch diagnostizieren...“ – „Doch“, grollt Urban, „genau das erwarten Sie von mir, und das ist das Problem.“

Urban hat den Eindruck, daß es die

Elemente wurden nicht zuerst von Kindern, sondern von P. erwähnt. „Wieso?“ fragt Richter Lorenz. „Das war so eine gedankliche Kombination von mir“, sagt Zeugin P.

Der Psychologieprofessor Max Steller, einer von mehreren Glaubwürdigkeitsgutachtern der Prozesse, hat mehrfach betont, daß Kinder weder „gelogen“ noch Dinge im landläufigen Sinn „erfunden“ haben. Unter dem enormen Druck vielfacher Befragungen hätten die Kinder nicht mehr zu trennen gewußt zwischen tatsächlich Erlebtem und nur vermeintlich Erlebtem. Und nach massiver Suggestion sei auch für den Gutachter nicht mehr erkennbar, was tatsächlich und was vermeintlich Erlebtes ist.

Demgegenüber legten die Gutachter Inge Mayer-Bouxin (Mainz) und Dr. Georges Hengesch (Homburg/Saar) dar, das nur vermeintlich Erlebte, die „implantierten Elemente“, blieben stets erkennbar. Daß Ute P. massiven Suggestionsdruck ausübte, beklagen auch Hengesch und Mayer-Bouxin. Hengesch spricht von einem „cutting point“: „Von dem Punkt an, zu dem P. ins Spiel kommt, kann man als Gutachter nur noch seine Sachen zusammenpacken.“ Aber: Was vor P.'s „cutting point“ liege, sei verwertbar. So kommen Mayer-Bouxin und Hengesch zu dem Schluß, daß einzelne Kinderaussagen sehr wohl glaubhaft seien, auf Erlebtem beruhen, daß Mißbrauch also stattfand und auch bestimmten Angeklagten zuzuordnen sei.

Ein Krieg der Glaubwürdigkeitsgutachter, in dem der berühmte Steller, anerkanntermaßen eine Koryphäe des Fachs, mit seinen Zweifeln obsiegt gegen die fachlich anerkannten, aber weniger berühmten Mayer-Bouxin und Hengesch? Die Verteidiger Harschneck und Obst (Koblenz) versuchten im Prozeß „Worms eins“ mehrfach in fast beleidigender Weise, Mayer-Bouxin und Hengesch wegen angeblicher Inkompetenz aus dem Verfahren zu drängen. Der Richter Beutel machte daraufhin deutlich, daß er nicht im mindesten an der Qualifikation dieser beiden Gutachter zweifelt. Dies vor Augen, hätte man im Hinblick auf ein späteres Urteil spekulieren können: Das Gericht unter Beutel stützt sich auf Mayer/Hengesch, die sagen: Trotz Suggestion haben Kinder diese und diese Angeklagten glaubhaft belastet. Doch am 17. Mai setzte das Gericht unter Beutel beim U-Haft-Entlassungsentscheid den Schwerpunkt genau andersherum: Belastung der Angeklagten ja, aber Zweifel wegen Suggestion.

Möglicherweise strahlten Stellers

nichts sagen über Täterschaft oder Nicht-Täterschaft einzelner Angeklagter. Aber sie kann sagen: Mißbrauch liegt mit dieser oder jener Wahrscheinlichkeit vor oder nicht. Und dies ist vor allem für die Kinder von größter psychologischer Bedeutung. Sie haben Mißbrauch geschildert. Da ist es für das weitere Leben ein Unterschied, ob in den Urteilen steht: Mißbrauch hat stattgefunden, er läßt sich aber gar keinen oder nur ein, zwei Angeklagten zuordnen. Oder ob darin steht: Es gab gar keinen Mißbrauch. Letzteres ist nach gegenwärtigem Stand allerdings nicht zu erwarten.

Der erste, der die Kinder der Worms-Verfahren untersuchte, war



Zweifel am Mißbrauch: Psychologie-Professor Max Steller (Berlin).  
Bild: Sascha Kopp



„Penetrative Manipulationen“: Gerichtsmediziner Professor Reinhard Urban (Mainz).

Bild: Sascha Kopp

als Urban mit dem Staatsanwalt Dieter Bracht zugange ist, der sich mit den Urban'schen Differentialdiagnosen nicht recht anfreunden mag. „Ich versuche, alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Sie können mir schon glauben, Herr Staatsanwalt, daß ich mir da ein bisschen was dabei gedacht hab.“

In zumindest drei Fällen aber stützt Urban die Einschätzungen des Dr. V. in Richtung Gewalteinwirkung. Auch im Falle eines Mädchens, das zum angeklagten Tatzeitraum erst wenige Monate alt war, bei dem sich also die Frage „Eigenmanipulation“ nicht stellt.

### Besser geschwiegen

Auch wenn Urban nicht selbst untersucht hat: Sein Urteil wiegt schwer. Und daß sich V. und Neises bei ihren Befunderhebungen allumfassend geirrt und Verletzungen gesehen hätten, die garnicht da waren, dieser Gedanke entspringt eher dem Wunschenken einzelner Verteidiger. Eher peinlich geriet dazu die Stellungnahme des Psychologieprofessors Steller. Wenn seine psychologische Expertise „kein Mißbrauch“ im Fall eines Mädchens stimme – wie erkläre er sich dann, daß die Mediziner bei eben diesem Mädchen zumindest Gewalteinwirkung feststellten, wird Steller von Richter Lorenz gefragt. Medizinische Schlußfolgerungen hingen oft von der Erwartungshaltung der Ärzte ab, sagt Steller. Da hätte er besser geschwiegen.

Seitdem die Zeichen eher auf Freispruch stehen, ist die Atmosphäre zwischen Richtern und Verteidigern entspannt. Dafür kracht es zwischen Anklagevertretung und dem Richter Lorenz. Gegen ihn brachten die Staatsanwälte Heike Finke und Dieter Bracht einen – erfolglosen – Befangenheitsantrag ein: Lorenz habe einen Zeugen so befragt, daß nur ein Alibi für einen der Angeklagten herauskommen konnte. Ach ja.

Nach den Worms-Verfahren, wie auch immer sie ausgehen, droht ein Wust von Fragen. Ist das System der Kinderschutzdienste gut geregelt? Wie soll die Wahrheit ans Licht, ohne daß Kinder in eine Befragungs- oder Suggestionsmühle geraten? Strafverfolgung sei nicht der wirksamste Kinderschutz, sagt der Arzt Dr. V. Mutmaßliche Täter nicht anzeigen, um des lieben (Familien-)friedens willen? Kann das eine Lösung sein?

Auch prozessual wird die Sache Worms mit Strafurteilen kaum zu Ende sein. Werden Eltern freigesprochen, wird ein Vormundschaftsrichter entscheiden müssen, ob sie ihre Kinder wiederbekommen.